



Kampf um mehr Lärmschutz: Die Gärten der Anwohner grenzen zum Teil direkt an die Bahnlinie (links). Auf der östlichen Seite der Bahnstrecke Hamm – Unna wurde vor einiger Zeit ein Kabelkanal verlegt, in den, so die Hoffnung der Anrainer, weitere Kabel verlegt werden könnten, um so den Bau einer Lärmschutzwand auf der östlichen Seite möglich zu machen.

FOTOS: DÖRLEMANN/HELLMIG

Kampf um mehr Lärmschutz

Anrainer der Bahnstrecke Hamm – Unna gehen in Offensive

VON STEFAN GEHRE

Selmigerheide – In ihrem Kampf für einen aktiven Lärmschutz auch auf ihrer Seite entlang der Bahnstrecke Hamm – Unna hat die Familie John Unterstützung erhalten: Die Familie Hellmig, Weetfelder Straße, und die Familie Onur wollen es ebenfalls nicht hinnehmen, dass die Bahn die Lärmschutzwand nur an der westlichen Seite der Bahnstrecke aufstellt. Daher haben sie das Unternehmen angesprochen. Zudem laden sie für Anfang Mai zu einer Bürgerinformation – angefragt dafür ist der Gemeindegarten der Friedenskirche – ein.

Nach Einschätzung von Folke Hellmig gibt es rund 80 Familien, die auf der östlichen Seite der Bahnstrecke leben und die, anders als noch vor einigen Jahren von der Bahn angekündigt, keine Lärmschutzwand „vor die Tür gesetzt bekommen“. „Wir haben in den vergangenen Tagen Flugblätter verteilt. Auf ihnen weisen wir auf den Bürgeraustausch hin.“ Dort werde es vor allem um eine Bestandsaufnahme und mögliche Maßnahmen gehen, so Hellmig. Zu einer zweiten Versammlung wolle man dann auch einen Vertreter der Bahn einladen.

Helmig hofft, dass wieder „Bewegung in die Angelegenheit kommt“. Eine Telefonkonferenz am 9. April mit

drei Vertretern der Bahn und den Familien John und Hellmig habe allem Anschein nach die Mitarbeiter zum Nachdenken gebracht, so Hellmig. Eine erneute Prüfung von vorgeschlagenen Alternativen sei zugesagt und das Ergebnis in einigen Wochen in Aussicht gestellt worden. „Vielleicht können wir damit auch schon in die Versammlung Anfang Mai gehen.“

Die Befürchtung von Hellmig und seinen Nachbarn ist, dass bei einem fehlenden aktiven Lärmschutz auf der östlichen Seite der Lärm durch die Lärmschutzwand auf der gegenüberliegenden Seite reflektiert wird. „Dadurch wird es bei uns dann noch lauter“, so der Weetfelder, der jedoch ausdrücklich betont, dass man nicht gegen die westliche Lärmschutzwand sei. „Sie muss kommen. Die Anwohner dort sind genauso vom Lärm geplagt wie wir.“

Bestätigt sieht Hellmig seine Befürchtungen durch die Situation im Bereich Doenschstraße / Provinzialstraße. Dort wüssten Anwohner aus Erfahrungen zu berichten, dass die auch dort nur einseitig angebrachte Lärmschutzwand an der Strecke Hamm – Dortmund den Schall des Zugverkehrs wohl zum Teil reflektiert. Die Lärmbelastung habe aber nicht nur durch den Zugverkehr, sondern auch durch die Reflektion des Straßenverkehrslärms

„Der Bahnlärm, insbesondere der des Güterverkehrs, bringt manch einen Anrainer um den Schlaf und macht tagsüber eine entspannte Gartennutzung nur eingeschränkt möglich, da Gespräche immer wieder bei Zugverkehr unterbrochen werden müssen.“

Folke Hellmig
Anwohner Bahnstrecke

am Bahnübergang Provinzialstraße hörbar zugenommen. Eine Lärm-Mehrbelastung durch reflektierten Lärm der ausschließlich vorgesehenen westlichen Lärmschutzwand hatte die Bahn zunächst aber ausgeschlossen, da es sich angeblich um „moderne, schallabsorbierende Aluminiumwände“ handeln soll. Aus Sicht von Hellmig ist das aber „nicht glaubhaft“.

Wie er weiter ausführt, habe sich die Situation an der Bahnstrecke Hamm – Unna in den vergangenen Jahren verschlechtert. Früher seien die Güterzüge nur nachts gefahren, mittlerweile seien sie auch tagsüber unterwegs. „Der Bahnlärm, insbesondere der des Güterverkehrs, bringt manch einen Anrainer um

den Schlaf und macht tagsüber eine entspannte Gartennutzung nur eingeschränkt möglich, da Gespräche immer wieder bei Zugverkehr unterbrochen werden müssen“, beschreibt er die derzeitige Situation. Ohne eine Lärmschutzwand sei zudem eine signifikante Wertminderung der Immobilien zwangsläufig und mehr als ärgerlich. Erschwert werde die Situation durch den erhöhten Straßenverkehr in dem Bereich, unter anderem bedingt durch den Inlogparc. „Das nächste Großprojekt in Form des Multi Hub Westfalen wird mit oder ohne zusätzliche verkehrliche Anbindung weitere zusätzliche negative Beeinträchtigungen hinsichtlich Lärm und Staub mit sich bringen.“

Doch warum will die Bahn auf die östliche Lärmschutzwand verzichten? Erst jetzt wurde bei Probeschürfungen festgestellt, dass im Erdreich Kabel liegen, die ohne einen massiven Eingriff in den Bestand unzureichend Platz für Fundamente der östlichen Lärmschutzwand bieten. Sie sind nach Angaben der Bahn der Grund dafür, dass östlich der Gleise die Lärmschutzwände nicht mehr erstellt werden können.

Das war immer wieder Thema bei dem Gespräch am 9. April. Dort verwiesen die betroffenen Familien auf die vor mehreren Monaten im östlichen Trassenbereich in-

stallierten oberirdischen Kabelkanäle, in die die im Erdreich befindlichen Kabel ersatzweise als Neuverlegung Aufnahme finden könnten. „In diesem Kanal befindet sich bisher gerade einmal ein einziges Kabel. Hier sagten die DB-Mitarbeiter zumindest eine wohlwollende Prüfung zu.“

Aus Sicht der Betroffenen ist es besonders ärgerlich zu lesen, dass passive Lärmschutzmaßnahmen – Fenster und Lüftungsanlagen – nach Vorliegen entsprechender Voraussetzungen bis zu 75 Prozent gefördert würden. Hier scheine bei den Verantwortlichen das Meinungsbild vorzuherrschen, dass die steuerzahlenden Arbeitnehmer oder Rentner unerschöpfliche Goldesel sind. Die Ersparnisse vieler Familien seien jüngst bereits durch das Gebäude-Energie-Gesetz und durch notwendige energetische Sanierungen der Häuser überstrapaziert worden. „Zudem nützen Schallschutzfenster und -lüftungen herzlich wenig, wenn man sich in den Gärten aufhält.“

Fazit: Die Belastungen der Anwohner hätten bereits jetzt die Grenze des erträglichen überschritten, so Hellmig, der eine „pro-aktive Unterstützung der Politik“ erwartet. Sie sollte sich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten für das körperliche und mentale Wohl der Bürger einsetzen.